

Haushaltsrede „Haushalt 2015“ der SPD-Fraktion

Ratssitzung am 22.01.2015

Redner für die SPD-Fraktion:

Hans-Werner Kick

2. Vorsitzender der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Dass ich Euch immer wieder das Gleiche sage, verdrießt mich nicht, macht Euch aber sicher im Glauben“ (Paulus, Brief an die Philipper 3,1)! Lassen Sie mich mit diesem Zitat des Apostels Paulus beginnen und das in Erinnerung bringen, was ich für die SPD-Fraktion in der Sitzung des Rates am 27.11.2014 ausgeführt habe:

„Die SPD-Fraktion wird dem Haushalt 2015 und dem Haushaltssanierungsplan 2016 bis 2021 zustimmen. Wir werden dies tun, weil wir erstens den Haushalt für genehmigungsfähig halten, zweitens einen Sparkommissar verhindern wollen und drittens nur so die kommunale Selbstverwaltung erhalten können.“

Daran hat sich in den zurückliegenden acht Wochen nichts geändert. Dass die SPD-Fraktion mit dieser Einschätzung richtig lag und liegt, hat der Termin am 08. Januar 2015 beim Regierungspräsidenten in Arnshausen eindrücklich und ausdrücklich bestätigt.

Danach waren die Entwürfe von Haushaltsplan und Haushaltssanierungsplan

- erstens: genehmigungsfähig, was von der Bezirksregierung ausdrücklich betont wurde,
- zweitens war die sog. „Gleichmäßigkeitsaufgabe“, ein zentrales Genehmigungskriterium, erfüllt und
- drittens war die Tragbarkeit des Haushalts, also die Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit des Haushalts, auch aus Sicht der Bezirksregierung gegeben.

Gerade die Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit des Haushalts war von den ablehnenden Fraktionen, also von Ihnen, meine Damen und Herren der anderen Fraktionen, immer wieder in Frage gestellt worden (so in Ihrem Schreiben an den Bürgermeister, den Landrat und den Regierungspräsidenten vom 18.12.2014 und noch in der Sitzung bei der Bezirksregierung am 08.01.2015)! Für die Bezirksregierung war gerade auch diese Kritik an der Nachhaltigkeit nicht plausibel.

Dass all' dies von der Bezirksregierung in dieser Klarheit und Eindeutigkeit zum Ausdruck gebracht wurde, hat Sie, meine Damen und Herren von den ablehnenden Fraktionen, anscheinend überrascht!

Was ist nun in den zurückliegenden acht Wochen passiert? Welche wegweisenden neuen Erkenntnisse oder Sparvorschläge, die im Haushalt der Stadt nicht berücksichtigt wurden, haben Sie vorgelegt?

Zunächst einmal ist festzustellen, dass – als ein Ergebnis Ihrer Ablehnung des Haushalts – die Stadt Schwelm ab Jahresbeginn nur noch unter „vorläufiger Haushaltsführung“ steht und dies mit Sicherheit länger, als dies bei einer Genehmigung des Haushalts im November 2014 der Fall gewesen wäre. Das heißt: Keine Aufträge, keine neuen Verträge – eine weitere Einschränkung und Erschwernis für die Verwaltung. Zugegeben: Da haben Sie einmal mehr Ihr Ziel erreicht, die Verwaltung in ihrer Arbeit zu behindern!

Nun sind in der vergangenen Nacht zwei Anträge gestellt worden, die heute zur Beschlussfassung anstehen: Der Antrag der Fraktionen CDU, GRÜNE, FDP und SWG/BfS sowie der Antrag von DIE BÜRGER.

Eins am Rande vorab: Ich will die Kurzfristigkeit der Vorlage dieser Anträge gar nicht kritisieren – besondere Situationen erfordern eben besondere Entscheidungen. Aber wir alle werden uns der vielfältigen, häufig emotional-aggressiven Kritik von GRÜNEN und CDU bei kurzfristigen Vorlagen der Verwaltung erinnern. Das passt nicht zusammen!

Nun zu den Anträgen:

Wenn man sie liest, kann sehr schnell der Eindruck entstehen, Verwaltung und Rat hätten in den zurückliegenden Monaten und Jahren nur „halbherzig“ Konsolidierung betrieben. Da werden im Antrag von CDU und Co. - im wahrsten Sinne des Wortes - „über Nacht“ kurzfristige Einsparungen in Millionenhöhe gesehen. Aussagen von z.B. Herrn Flühöh (sinngemäß), dass „die Enden des Haushalts nicht zusammenpassen“ waren danach anscheinend nicht sachgerecht.

Konkret:

Der Antrag der vier Fraktionen listet eine ganze Reihe von „pauschalen Reduzierungen“ auf. Dabei war das Thema „pauschale Kürzungen“ bereits in der Vergangenheit wiederholt Gegenstand der Beratungen in interfraktionellen Gesprächen und Ausschuss-Sitzungen. Dabei erinnere ich mich an ein Statement von Herrn Lenz (CDU): Die Verwaltung hatte zur Kenntnis gegeben, dass die von der Politik gewünschte „pauschale Kürzung“ von, ich glaube es waren 10% aller Sachkosten, in voller Höhe nicht umsetzbar sei, da es eine Vielzahl fixer, vertraglich verpflichtender Ausgaben gäbe. Herr Lenz führte in der anschließenden Diskussion sinngemäß dazu aus: „Wenn die Verwaltung sagt, das ist unrealistisch, dann muss man ihr dies als Fachverwaltung auch zugestehen und glauben“. Danach wurde der Wunsch, das Ziel der Politik nicht weiterverfolgt. Das war von Herrn Lenz (CDU) fair und sachlich kompetent! Auch diese Aussage scheint für die vier Fraktionen nicht mehr von Bedeutung!

Auf weitere Widersprüche des Antrags von CDU und Co. zu ihren eigenen Aussagen will ich verzichten.

Die SPD-Fraktion hält die Vorschläge zu pauschalen Kürzungen in dem Antrag der vier Fraktionen für unrealistisch und unseriös.

Was bleibt? Ich gehe davon aus, dass auch die vier Fraktionen um den geringen Realitätsgehalt ihrer Kürzungsvorschläge wissen. Wenn dem so ist, kann es jedoch sein, dass die vier Fraktionen mit ihren Anträgen auf „pauschale Kürzungen“ zum Haushalt auf „überraschende“ und ungeplante Einmal- und Sondereffekte setzen, z.B. überplanmäßige Gewerbesteuereinnahmen. Wenn dem so sein sollte, erzählen Sie uns bitte nicht noch einmal etwas über „Seriosität bei der Haushaltsplanung“ - ein Thema, das sie in den vergangenen Monaten wie eine Monstranz vor sich hergetragen haben! In Ihrem Antrag kann ich keinerlei Seriosität erkennen!

Die vier Fraktionen wurden in der Vergangenheit nicht müde, von der Verwaltung Antworten mit Qualität zu verlangen. Das ist Ihr – und unser - gutes Recht! Dazu gehören aber auch Fragen und Aufträge mit Qualität. Ihr Schreiben und der Fragenkatalog vom 18.12.2014 lassen dies vermissen, und dies gilt für die Präzision und die Konkretion der Fragen und Aufträge ebenso, wie für den von Ihnen vorgegebenen Zeitplan – um nur zwei Qualitätskriterien zu benennen. Dies gilt auch für den vorliegenden Antrag. Ein Beispiel: Ziffer I.8:

Was heißt dort: „... wird ein Betrag ... von 300.000 € bereitgestellt“. Heißt das: „insgesamt“ oder heißt das „zusätzlich“?

Oder, in der gleichen Ziffer: „... nach dem Abschluss der Schuldiskussion“. Welche Schuldiskussion ist gemeint?

Auch hier scheitern Sie an den von Ihnen selbst wiederholt eingeforderten Präzisions-, Qualitäts- und Belastbarkeitskriterien!

Ihren Vorschlägen und Anträgen fehlt die inhaltliche Tiefe! Auch durch noch so großen und lauten verbal-emotionalen Aufwand werden diese nicht auf ein besseres Niveau gebracht.

Aber versuchen wir einmal der Motivation für Ihren personalisierenden und diffamierenden Politikstil der vergangenen Monate „auf die Spur“ zu kommen. Dies scheint einfacher, als man zunächst denkt. Und die „Spatzen in Schwelm“, die sich auch nur ansatzweise mit der Schwelmer Kommunalpolitik befassen, pfeifen es von den Dächern:

Die Bürgermeisterwahl am 13. September 2015!

Sie haben es bis heute nicht verwunden, dass der Bürgermeister der Stadt Schwelm Mitglied der SPD ist!

Für jeden auch nur ansatzweise politisch Denkenden fügt sich der vor uns liegende

Antrag in Ihr Handeln der vergangenen Monate nahtlos ein. Gehen wir das Szenario einmal durch:

Vielleicht wissen auch Sie – und hoffen möglicherweise sogar, dass bis zum 30.06.2015 die von Ihnen eingeforderten Maßnahmen und Einspareffekte gar nicht eintreten können? Sie haben die „Latte so hoch gelegt“, dass die Verwaltung daran scheitern muss!

Was würde daraus folgen?

Sie werden dann „Schuld“ und „Verantwortung“ für das Scheitern Ihrer Vorgaben dem Bürgermeister zuweisen.

Auch „Schuld“ und „Verantwortung“ für eine dann voraussichtlich erforderliche weitere Erhöhung der Grundsteuer B.

Der Termin ist günstig. Nur einige wenige Monate vor der Bürgermeisterwahl.

Dabei hoffen Sie vielleicht, dass auch die Schwelmer Öffentlichkeit ihrer „Strategie“ folgt und dem Bürgermeister die Verantwortung für die Steuererhöhung „in die Schuhe“ schiebt!

Wie würden Sie eine solche „Strategie“ beschreiben? Eine „Strategie“, die angesichts Ihres Antrags für jeden politisch Denkenden nahe liegt!

„Unaufrichtig“ und „übel“ würde ich sie nennen – und diese beiden Begriffe sind für eine derartige Strategie noch sehr zurückhaltend. Dies hat nichts mehr, aber auch gar nichts mehr mit seriöser Kommunalpolitik zu tun!

Ich kann nur hoffen, dass in Ihren Fraktionen der Eine oder Andere sich zu schade ist, ein solches „Spiel“ mitzumachen!

Den Antrag der vier Fraktionen werden wir ablehnen. Sofern gewünscht, können wir dies auch zu den Einzelaspekten nachfolgend noch begründen.

Zum Antrag von DIE BÜRGER:

Der Absenkung der Mittel für Abfindungen können wir zustimmen.

Die damit angestrebte Absenkung der Gewerbesteuer B kann die SPD-Fraktion ebenso mittragen. Dabei möchte ich jedoch ausdrücklich darauf hinweisen, dass dies zu Lasten der Neuverschuldung der Stadt Schwelm im Jahr 2015 geht. Ergänzend will ich nur darauf hinweisen, dass im Schreiben der Kommunalaufsicht zur Fortschreibung des Haushaltsplans 2014 vom 30.05.2014 die Reduzierung von planerisch beschlossenen Hebesätzen (siehe Seite 9) – und das würden wir hier für das Jahr 2015 tun – kritisiert wurde. Aber das soll dann die Aufsicht entscheiden.

Zusammenfassend:

Der Antrag der vier Fraktionen ist „unseriös“. Die deutlich sichtbare Strategie, die Machtkalkül zur Bürgermeisterwahl über das Wohl der Stadt Schwelm stellt, ist „unaufrichtig“ und „übel“. Die Genehmigungsfähigkeit eines darauf beruhenden Haushalts ist zweifelhaft – aber auch das muss die Aufsicht entscheiden.

Sie alle wissen, dass das laute, häufig aggressiv-hysterische und oftmals inhaltsleere Getöse, wie wir es in den vergangenen Monaten immer wieder im Rat und in Ausschüssen erleben mussten, nicht die Sache und nicht der Stil der SPD ist.

Für die heutige Ratssitzung erhoffe ich mir deshalb von Ihnen dreierlei:

1. Dass Sie Ihre Empörungsspirale heute mäßigen!
2. Dass Sie wieder Verantwortung für das Ganze, für Schwelm übernehmen – etwas, was ich in früheren Ratsperioden insbesondere bei der CDU in ihrer Funktion als Volkspartei wahrgenommen habe, letztlich auch heute noch erhoffe, aber realistisch von dieser CDU-Fraktion kaum noch erwarte, und
3. dass Sie dem von der Verwaltung vorgelegten Haushalt 2015 und HH-Sanierungsplan 2016 bis 2021 zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort!
Schwelm, den 22.01.2015